



Vorlage BD/2018/525 - Beschlüsse



Betreff: Felicitas Weck, DIE LINKE Vorlage
Vorlage
Haushaltsbegleitantrag Ausbildung

Status: öffentlich **Vorlage-Art:** Antrag

Ansprechpartner: Weck, Felicitas

Federführend: Politik

Freigabe: 12.12.2018

Beratungsfolge:

	Finanz-, Wirtschafts- und Personalausschuss der Stadt Langenhagen	Vorberatung	
13.12.2018	TO Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Personalausschusses der Stadt Langenhagen	wird zur Kenntnis genommen und gilt als behandelt.	PA
	Rat der Stadt Langenhagen	Entscheidung	
17.12.2018	TO Sitzung des Rates der Stadt Langenhagen	ungeändert beschlossen	PA
	Verwaltungsausschuss der Stadt Langenhagen		
17.12.2018	TO Sitzung des Verwaltungsausschusses der Stadt Langenhagen	wird zur Kenntnis genommen und gilt als behandelt.	PA

13.12.2018 Finanz-, Wirtschafts- und Personalausschuss der Stadt Langenhagen wird zur Kenntnis genommen und gilt als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Beschlussvorlage gilt als behandelt.

17.12.2018 Rat der Stadt Langenhagen ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Zahl der Ausbildungsplätze für Inspektorenanwärter*innen, Verwaltungs- sowie Fachangestellte in der Stadtverwaltung wird um ungefähr 1/3 angehoben, mit dem Ziel, zumindest so viele Übernahmen aus der Ausbildung vorzunehmen, wie andererseits Beschäftigte der Verwaltung in den Ruhestand gehen.

Die Verwaltung soll in eigener Zuständigkeit prüfen, in welchen Fachbereichen es möglich ist, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wünschenswert ist es, hierbei den Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu stärken.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22
Nein-Stimmen: 5
Enthaltungen: 13

17.12.2018 Verwaltungsausschuss der Stadt Langenhagen wird zur Kenntnis genommen und gilt als behandelt.

Beschluss:

Die Zahl der Ausbildungsplätze für Inspektorenanwärter*innen, Verwaltungs- sowie Fachangestellte in der Stadtverwaltung wird um ungefähr 1/3 angehoben, mit dem Ziel, zumindest so viele Übernahmen aus der Ausbildung vorzunehmen, wie andererseits Beschäftigte der Verwaltung in den Ruhestand gehen.

Die Verwaltung soll in eigener Zuständigkeit prüfen, in welchen Fachbereichen es möglich ist, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wünschenswert ist es, hierbei den Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu stärken.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage gilt als behandelt.

ALLRIS®net

CC e-gov GmbH